



Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms

– Januar 2009 –

1. Veränderte Ausgangslage und neue Maßnahmen

Seit Vorlage des Stabilitätsprogramms im Dezember 2008 haben sich weltwirtschaftliche Lage und Perspektiven nochmals deutlich verschlechtert, einhergehend mit starken Rückgängen von Nachfrage und Produktion auch in Deutschland. Diese Verschlechterung macht weitere Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung erforderlich. Das Bundeskabinett hat daher am 27. Januar 2009 zusätzlich zu den bisherigen Beschlüssen einen „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“ und den dazu notwendigen Nachtragshaushalt verabschiedet. Es ist dezidiertes Ziel der Bundesregierung, mit dem Maßnahmenpaket einerseits der tiefen Rezession und einer drohenden Abwärtsspirale entgegenzuwirken, andererseits die langfristigen Wachstumskräfte und damit das Wachstumspotential zu stärken.

Im Mittelpunkt stehen der Erhalt der Arbeitsplätze und die Investitionsfähigkeit der Betriebe. Mit den Maßnahmen werden die Investitionen in Zukunftsbereiche – allen voran Bildungsinfrastruktur – deutlich verstärkt, die Kreditversorgung gesunder, wettbewerbsfähiger Unternehmen gesichert, die Qualifizierung der Arbeitnehmer noch stärker gefördert, Privathaushalte und Betriebe nachhaltig entlastet. Das Gesamtvolumen des Maßnahmenpakets wird für die öffentlichen Haushalte in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt fast 50 Mrd. Euro betragen. Zusammen mit den im Herbst beschlossenen Maßnahmen ergibt sich ein konjunkturell wirksames Finanzierungsvolumen von rund 80 Mrd. Euro. Dies wird ergänzt um den Impuls im Zusammenhang mit der rückwirkenden Wiedereinführung der Pendlerpauschale in Höhe von über 8 Mrd. Euro.

Insgesamt hat Deutschland damit inzwischen konjunkturstützende und impulsgebende Maßnahmen für die Jahre 2009 und 2010 von insgesamt fast 90 Mrd. Euro beschlossen (jahresdurchschnittlich ca. 1 ¾ % des BIP jeweils 2009 und 2010). Damit leistet Deutschland einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Umsetzung des Beschlusses des Europäischen Rates vom Dezember 2008, Konjunkturmaßnahmen in Höhe von 1,5 % des BIP umzusetzen. Darüber hinaus wird Deutschland die automatischen Stabilisatoren weiterhin voll wirken lassen.

Im Einzelnen hat die Bundesregierung im Rahmen des Paktes u. a. folgende Maßnahmen für die Jahre 2009 und 2010 beschlossen:

Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand

- Der größte Beitrag des Pakets besteht aus zusätzlichen Investitionen des Bundes in Höhe von rund 14 Mrd. Euro. Davon werden rund 4 Mrd. Euro als zusätzliche direkte Bundesinvestitionen eingesetzt und 10 Mrd. Euro als Finanzhilfen für Zukunftsinvestitionen von Ländern und Kommunen in Bildungsinfrastruktur (insbesondere Kindergärten, Schulen, Hochschulen; insgesamt 2/3 der geplanten Ausgaben) und Infrastruktur (insbesondere Krankenhäuser, Städtebau, Informationstechnologie) bereitgestellt. Hierfür leisten Länder und Kommunen ergänzend einen Eigenbeitrag in Höhe von rund 3,3 Mrd. Euro. Insgesamt sollen 70 % der Finanzhilfen in den Kommunen ankommen.
- Beschleunigung der Investitionen durch zeitlich befristete Vereinfachung des Vergaberechts.

Sicherung der Kreditversorgung der Unternehmen, Förderung von Innovation und sektorspezifische Maßnahmen

- Kredit- und Bürgschaftsprogramm in Höhe von 100 Mrd. Euro im Wege der Erweiterung bestehender und der Schaffung neuer Instrumente (u.a. Flexibilisierung des mittelstandsorientierten KfW-Sonderprogramms 2009; Auflegung eines analogen Kreditprogramms für größere Unternehmen).
- Ausweitung der Förderung von F&E-Vorhaben des Mittelstands in 2009 und 2010 (zusätzliches Fördervolumen 450 Mio. Euro p. a.).
- Beschleunigung des Ausbaus von Breitbandnetzen mit Hilfe einer umfassenden Breitbandstrategie mit dem Ziel, spätestens Ende 2010 alle bislang nicht versorgten Gebiete mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen abzudecken.
- Stärkung der PKW-Nachfrage durch Umweltprämien bei Erwerb von emissionsarmen Neufahrzeugen und Verschrottung eines Altfahrzeuges im Jahr 2009 (Finanzierungsvolumen rund 1,5 Mrd. Euro).
- Umstellung der Kfz-Steuer auf eine emissionsbezogene Steuer möglichst bis zum 1. Juli 2009.

Beschäftigungssicherung und Qualifizierung

- Unterstützung des Vorrangs von Kurzarbeit vor Entlassungen durch Zuschüsse zu den Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitgeber in den Jahren 2009 und 2010 (Entlastungsvolumen rund 2 Mrd. Euro).
- Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Aktivierung, Betreuung und Qualifizierung von Arbeitssuchenden, Kurz- und Leiharbeitern mit einem Finanzvolumen von rund 2,5 Mrd. Euro.
- Schaffung von 5 000 zusätzlichen Stellen bei den Arbeitsagenturen zur Verbesserung der Vermittlung und Betreuung von Arbeitssuchenden.

Entlastung der Bürger, Stärkung der Nachfrage

- Senkung der Einkommensteuer mit einer Entlastung von rund 3 Mrd. Euro im Jahr 2009 und rund 6 Mrd. Euro ab 2010 durch stufenweise Anhebung des Grundfreibetrages, Senkung des Eingangsteuersatzes um 1 %-Punkt auf 14 % und stufenweise „Rechtsverschiebung“ des Tarifs.
- Senkung der paritätisch finanzierten Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung durch eine Erhöhung des Bundeszuschusses um rund 3 Mrd. Euro in 2009 und rund 6 Mrd. Euro im Jahr 2010.
- Auszahlung eines einmaligen Kinderbonus in Höhe von 100 Euro je Kind in 2009.

Nachhaltige Finanzpolitik, Sicherung des Konsolidierungskurses durch eine Schuldenregel

- Neuregelung zur verfassungsrechtlichen Begrenzung der Nettokreditaufnahme in Orientierung am europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (Kernelemente: Begrenzung der strukturellen gesamtstaatlichen Neuverschuldung auf 0,5 % des BIP in konjunktureller Normallage, Vermeidung prozyklischer Finanzpolitik; Verbindung von Haushaltsplanung und Haushaltsvollzug durch ein Überwachungs- und Kontrollverfahren).
- Verabschiedung der Reform (Grundgesetzänderung) noch in diesem Jahr im Rahmen der Föderalismuskommission; Inkrafttreten spätestens 2015 ggf. mit einem zu definierenden Übergangspfad.

Die befristeten Maßnahmen werden in einem Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ zusammengefasst, das eine eigene Kreditermächtigung bis zur Höhe von 21 Mrd. Euro und eine wirksame Tilgungsregel erhält. Zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens soll ab dem Jahr 2010 der Anteil des Bundesbankgewinns verwendet werden, der über den im Bundeshaushalt veranschlagten Betrag hinausgeht. Der potentiell für die Tilgung einzusetzende Anteil des Bundesbankgewinns steigt, indem der für den Bundeshaushalt vorgesehene Anteil von derzeit bis zu 3,5 Mrd. Euro in den Jahren 2011 um 500 Mio. Euro und 2012 um 1 Mrd. Euro gesenkt wird. Damit wird eine verlässliche Perspektive zur vollständigen Tilgung der Verbindlichkeiten dieses Sondervermögens in einem überschaubaren Zeitraum eröffnet.

2. Entwicklung des Finanzierungssaldos

Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo

Angesichts der veränderten gesamtwirtschaftlichen Perspektive und der im Januar beschlossenen Maßnahmen stellt sich die Situation der öffentlichen Finanzen deutlich anders dar als noch im Dezember erwartet. Danach ergibt sich eine deutliche Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos, die durch die zu erwartende rezessive Entwicklung und die beschlossenen Maßnahmen bedingt ist. In den Jahren 2009 und 2010 erhöht sich das Maast-

richt-Defizit gegenüber dem Stabilitätsprogramm vom Dezember 2008 um rund 2 ½ Prozentpunkte, in den Folgejahren liegt es um 2 Prozentpunkte höher (Tabelle 1). Die Entwicklung ab dem Jahr 2010 war bereits im Stabilitätsprogramm vom Dezember angelegt und ist hauptsächlich auf das dann in Kraft tretende Bürgerentlastungsgesetz (steuerliche Abzugsfähigkeit der Krankenversicherungsbeiträge) zurückzuführen. In den Jahren 2011 und 2012 verringert sich aufgrund des dann annahmegemäß verbesserten gesamtwirtschaftlichen Umfelds das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit unter die 3 %-Grenze.

Tabelle 1: Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

	2008	2009	2010	2011	2012
	- in % des BIP -				
Projektion Januar 2009	-0,1	-3	-4	-3	-2 1/2
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Veränderung des realen BIP in %</i>	1,3	-2 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4
Projektion Dezember 2008	0	- 1/2	-1 1/2	-1	- 1/2
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Veränderung des realen BIP in %</i>	1,7	0,2	1 1/2	1 1/2	1 1/2

Die Finanzierungssalden sind – mit Blick auf die mit jeder Projektion verbundenen Unsicherheiten – auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

Die ausgewiesene Defizitlinie ab 2011 ist als eine Fortschreibung unter Status quo-Bedingungen zu verstehen, die zwar die Entwicklung unter Berücksichtigung der jüngst beschlossenen Stimulierungsmaßnahmen wiedergibt, aber noch nicht die später erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen enthält. Diese sind aber fester Bestandteil des Beschlusses des Koalitionsausschusses, der das Maßnahmenpaket an die Einführung einer neuen Schuldenregel gebunden hat. Hierfür werden in den nächsten Jahren beträchtliche Konsolidierungsschritte erforderlich sein, die sich allerdings noch nicht in der hier ausgewiesenen Defizitlinie wieder finden können.

Finanzierungssalden nach staatlichen Ebenen

Betrachtet man die Maastricht-Finanzierungssalden der einzelnen Ebenen, ist die Verschlechterung auf der Ebene des Bundes am größten, da das Maßnahmenpaket vom Januar im Wesentlichen die Ebene des Bundes und mit der Errichtung des Investitions- und Tilgungsfonds auch der Sonderrechnungen belastet (Tabelle 2). Aber auch auf den anderen Ebenen verschlechtern sich die Finanzierungssalden zum Teil deutlich. Am Ende des Projektionszeitraums dürfte allerdings nur die Sozialversicherung einen in etwa ausgeglichenen Haushalt ausweisen.

Tabelle 2: Finanzierungssalden nach staatlichen Ebenen

	2008	2009	2010	2011	2012
	in Relation zum BIP (%)				
Bund inkl. Sonderrechnungen	- 1/2	-2	-2 1/2	-2	-1 1/2
Länder und Gemeinden	0	- 1/2	-1	-1	-1
Sozialversicherung	1/2	- 1/2	- 1/2	0	0
Staat insgesamt	-0,1	-3	-4	-3	-2 1/2

Die Finanzierungssalden sind – mit Blick auf die mit jeder Projektion verbundenen Unsicherheiten – auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

3. Entwicklung von staatlichen Ausgaben und Einnahmen

Die Rezession, aber auch die beschlossenen Maßnahmen bringen sowohl sinkende Einnahmen als auch steigende Ausgaben mit sich. So verringert sich die volkswirtschaftliche Steuerquote bis 2010 um rund 1 ½ Prozentpunkte auf 22 ½ %. Bis zum Ende des Projektionszeitraums ist mit einem leichten Anstieg um ½ Prozentpunkt zu rechnen. Die Sozialbeitragsquote bleibt dagegen über den Projektionszeitraum nahezu konstant bei 16 ½ %. Hierbei wirken die noch vergleichsweise günstige Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter und der im ersten Halbjahr 2009 erhöhte Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung dem dämpfenden Effekt aus vermindertem Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung und Rückgang der Erwerbstätigkeit entgegen.

Die Staatsquote steigt deutlich um 2 ½ Prozentpunkte bis zum nächsten Jahr auf 46 ½ % an. Mit Auslaufen der ausgabenseitigen Maßnahmen Ende 2010, aber auch einer wieder günstigeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist ein Rückgang der Staatsquote auf 45 ½ % zu erwarten.

4. Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos

Das strukturelle Defizit steigt aufgrund der im Oktober, November und Januar beschlossenen Maßnahmen deutlich auf bis zu 3 % in Relation zum BIP im kommenden Jahr (Tabelle 3).

Aufgrund der Fortschreibung unter Status quo-Bedingungen sind allerdings weder die nominalen noch die strukturellen Finanzierungssalden in den Folgejahren aussagekräftig, da hier noch nicht die notwendigen Konsolidierungsschritte enthalten sind.

Tabelle 3: Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos

	2008	2009	2010	2011	2012
reales BIP (Veränderung in % ggü. Vorjahr)	1,3	-2 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4
Finanzierungssaldo des Sektors Staat (in % des BIP)	-0,1	-3	-4	-3	-2 1/2
Struktureller Finanzierungssaldo (in % des BIP)	-1	-2	-3	-2	-2

Die Finanzierungssalden sind – mit Blick auf die mit jeder Projektion verbundenen Unsicherheiten – auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

5. Entwicklung des Schuldenstands

Die Schuldenstandsquote wird im Verlauf der Programmperiode hauptsächlich wegen der beschlossenen Maßnahmen und der in der Folge höheren Defizitlinie, aber auch aufgrund der deutlich schlechteren BIP-Entwicklung in diesem Jahr auf etwa 68 ½ % und in den Folgejahren weiter bis auf rund 72 ½ % im Jahr 2012 ansteigen (Tabelle 4).

Tabelle 4: Entwicklung der Schuldenstandsquote

	2008	2009	2010	2011	2012
	- Schuldenstand des Staates in % des BIP -				
Projektion Januar 2009	65 1/2	68 1/2	70 1/2	71 1/2	72 1/2
Nachrichtlich: Dezember 2008	65	65	64	63	61 1/2

6. Risiken der zugrunde liegenden Projektion

Die Projektion ist insgesamt mit deutlichen Risiken behaftet. In der gesamtwirtschaftlichen Projektion wird – mangels besserer Erkenntnis – davon ausgegangen, dass der konjunkturelle Einbruch im Wesentlichen auf dieses Jahr beschränkt bleibt. Demzufolge sind auch die Auswirkungen insbesondere auf den Arbeitsmarkt und damit für die Ebene der Sozialversicherung relativ limitiert. Nicht unbeträchtliche Risiken ergeben sich darüber hinaus aus möglichen weiteren Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen sowie Ausfällen aus Garantievergaben an nichtfinanzielle Unternehmen im Rahmen des im Januar beschlossenen Maßnahmenpakets.

Anhang

Tabelle 5: Entwicklung der Staatsfinanzen

	ESA Code	2007	2007	2008	2009	2010	2011	2012
		in Mrd €	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP
Finanzierungssalden (EDP B.9) der staatlichen Ebenen								
1. Staat	S.13	-4,2	-0,2	-0	-3	-4	-3	-2 1/2
2. Bund	S.1311	-26,2	-1,1	- 1/2	-2	-2 1/2	-2	-1 1/2
3. Länder und Gemeinden		11,6	0,5	0	- 1/2	-1	-1	-1
5. Sozialversicherungen	S.1314	10,4	0,4	1/2	- 1/2	- 1/2	0	-0
Staat insgesamt (S13)								
6. Einnahmen insgesamt	TR	1065,9	44,0	44	43 1/2	42 1/2	42 1/2	43
7. Ausgaben insgesamt	TE ¹	1070,1	44,2	44	46 1/2	46 1/2	45 1/2	45 1/2
8. Finanzierungssaldo	EDP B.9	-4,2	-0,2	-0	-3	-4	-3	-2 1/2
9. geleistete Vermögenseinkommen	EDP D.41	67,4	2,8	3	3	3	3	3
10. Primärsaldo		63,2	2,6	2 1/2	0	-1	0	1/2
11. Einmalmaßnahmen und sonstige temporäre Effekte¹			-0,3	- 1/2	0	-0	-0	0
Ausgewählte Einnahmen								
12. Steuern (12=12a+12b+12c)		576,3	23,8	24	23 1/2	22 1/2	22 1/2	23
12a. Produktions- und Importabgaben	D.2	304,7	12,6					
12b. Einkommen- und Vermögensteuern	D.5	270,8	11,2					
12c. vermögenswirksame Steuern	D.91	0,8	0,0					
13. Sozialbeiträge	D.61	399,9	16,5	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2
15. Sonstige Einnahmen		89,8	3,7	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
16=6. Einnahmen insgesamt	TR	1065,9	44,0	44	43 1/2	42 1/2	42 1/2	43
nachrichtl...: Abgabenquote (D.2+D.5+D.61)			40,3	40	40	39	39	39 1/2
Ausgewählte Ausgaben								
17. Vorleistungen, Soziale Sachleistungen, Arbeitnehmerentgelt, sonstige Produktionsabgaben	P.2 D.63 D.1 D.29	448,2	18,5	18 1/2	19 1/2	19 1/2	19 1/2	19 1/2
18b. Monetäre Sozialleistungen	D.62	418,4	17,3	17	17 1/2	17 1/2	17	17
19=9. geleistete Vermögenseinkommen	EDP D.41	67,4	2,8	3	3	3	3	3
20. Subventionen	D.3	27,1	1,1	1	1	1 1/2	1	1 1/2
21. Bruttoinvestitionen	P.51	35,6	1,5	1 1/2	2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
22. Sonstige Ausgaben		73,4	3,0	3	3	2 1/2	2	2
23=7. Ausgaben insgesamt	TE ¹	1070,1	44,2	44	46 1/2	46 1/2	45 1/2	45 1/2
nachrichtl...: Konsumausgaben (nominal)	P.3	435,6	18,0	18	19	19	19 1/2	19

¹ Ein positives Vorzeichen zeigt Defizitreduzierungen an

Tabelle 6: Entwicklung des Schuldenstandes des Staates („Maastricht“-Schuldenstand)

in vH des BIP	ESA Code	2007	2008	2009	2010	2011	2012
1. Schuldenstand		65,1	65 1/2	68 1/2	70 1/2	71 1/2	72 1/2
2. Veränderung des Schuldenstands		0,3	2	3	3 1/2	2 1/2	2 1/2
Beiträge zur Veränderung des Maastricht-Schuldenstandes							
3. Primärsaldo		- 2,6	- 2 1/2	0	1	0	- 1/2
4. geleistete Vermögenseinkommen	EDP D.41	2,8	3	3	3	3	3
5. sonstige Anpassungen		0,2	2	1/2	- 1/2	-0	-0

Tabelle 7: Gegenüberstellungen der Projektionen des Stabilitätsprogramms Dezember 2008 und des aktualisierten Stabilitätsprogramms Januar 2009

	ESA Code	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Veränderung des realen BIP in vH							
vorherige Schätzung		2,5	1 1/2	0	1 1/2	1 1/2	1 1/2
aktuelle Schätzung		2,5	1 1/2	-2 1/2	1	1	1
Differenz		0,0	- 1/2	-2 1/2	-0	-0	-0
Finanzierungssaldo (in % des BIP)							
vorherige Schätzung	EDP B.9	-0,2	0	- 1/2	-1 1/2	-1	- 1/2
aktuelle Schätzung		-0,2	-0	-3	-4	-3	-2 1/2
Differenz		0,0	-0	-2	-2 1/2	-2	-2
Schuldenstand (in % des BIP)							
vorherige Schätzung		65,1	65	65	64	63	61 1/2
aktuelle Schätzung		65,1	65 1/2	68 1/2	70 1/2	71 1/2	72 1/2
Differenz		0,0	0	4	6 1/2	9	11

Tabelle 8: Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2008 bis 2012¹

	ESA Code	2007	2007	2008	2009	2010 bis 2012
		Index	Veränderung p.a. in %			
BIP preisbereinigt,	B1g	108,69	2,5	1,3	-2 1/4	1 ¼
BIP in jeweiligen	B1g	2422,90	4,4	2,7	- 1/4	2 ¼
Verwendung des BIP preisbereinigt, Kettenindex						
Private Konsumausgaben²	P.3	102,11	-0,4	0,0	0,8	1
Staatliche	P.3	104,97	2,2	2,2	2,4	1
Bruttoanlageinvestitionen	P.51	102,22	4,3	4,1	-5,0	2
Vorratsveränderungen (BIP-Wachstumsbeitrag)³	P.52 + P.53	-	0,1	0,3	0,0	0
Export	P.6	163,52	7,5	3,9	-8,9	4 ½
Import	P.7	141,13	5,0	5,1	-5,0	4 ½
BIP-Wachstumsbeiträge³						
Inlandsnachfrage (ohne		-	1,0	1,2	-0,1	1
Vorratsveränderungen	P.52 +	-	0,1	0,3	0,0	0
Außenbeitrag	B.11	-	1,4	-0,3	-2,2	0

(1) 2007 und 2008: Vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes vom 14. Januar 2009;

2009: Jahreswirtschaftsbericht vom 21. Januar 2009;

2010 bis 2012: an die Ergebnisse des Jahreswirtschaftsberichts vom 21. Januar 2009 angepasste mittelfristige Projektion

(2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

(3) Beitrag zur Zuwachsrate des BIP.

(4) BIP auf ¼ gerundet, alle übrigen Größen auf ½.

Tabelle 9: Preisentwicklung - Deflatoren¹

	ESA Code	2007	2007	2008	2009	2010 bis 2012
		Index	Veränderung p.a. in %			
BIP		108,08	1,9	1,4	2,1	1
Private Konsumausgaben²		110,80	1,7	2,2	0,9	1 ½
Staatliche Konsumausgaben		105,90	0,2	1,8	2,2	1
Bruttoinvestitionen		103,10	2,9	1,0	1,2	1
Exporte		101,03	0,5	0,8	-1,1	1 ½
Importe		100,51	-0,1	1,7	-3,5	1 ½

(1) 2007 und 2008: Vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes vom 14. Januar 2009;

2009: Jahreswirtschaftsbericht vom 21. Januar 2009;

2010 bis 2012: an die Ergebnisse des Jahreswirtschaftsberichts vom 21. Januar 2009 angepasste mittelfristige Projektic

(2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

(3) BIP auf ¼ gerundet, alle übrigen Größen auf ½.

Tabelle 10: Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt¹

	ESA Code	2007	2007	2008	2009	2010 bis 2012
		Niveau	Veränderung p.a. in %			
Erwerbstätige (Inland) (Mio.)		39768	1,7	1,5	-0,7	0
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Mrd. Stunden)		57,00	1,8	1,8	-0,8	0
Erwerbslosenquote (%)		-	8,3	7,2	7,9	8
Arbeitsproduktivität²		106,99	0,7	-0,2	-1,5	1
Arbeitsproduktivität ³		109,94	0,6	-0,5	-1,5	1
Arbeitnehmerentgelte (Mrd.	D.1	1183,55	3,0	3,6	1,2	2 ½
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer (€)		33510	1,1	1,9	2,0	2 ½

(1) 2007 und 2008: Vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes vom 14. Januar 2009;

2009: Jahreswirtschaftsbericht vom 21. Januar 2009;

2010 bis 2012: an die Ergebnisse des Jahreswirtschaftsberichts vom 21. Januar 2009 angepasste mittelfristige Projektic

(2) BIP je Erwerbstätigen.

(3) BIP je Erwerbstätigenstunde

(4) BIP und Erwerbstätige auf ¼ gerundet, alle übrigen Größen auf ½.